

## Internationaler Rat der Christen und Juden <a href="mailto:info@iccj.org">info@iccj.org</a>

## Stellungnahme zu Plänen, die Beschneidung zu verbieten

Martin Buber Haus, Heppenheim, Deutschland 20 Januar, 2012

Der Internationaler Rat der Christen und Juden ist von seiner Schwedischen Mitgliedsorganisation um Unterstützung gebeten worden beim Kampf gegen das beabsichtigte Verbot der Beschneidung. Ähnliche Gesetze sind auch anderenorts auf den Weg gebracht worden. Diese Stellungnahme ist als erste Reaktion zu verstehen und wir hoffen, innerhalb der nächsten Wochen eine detaillierte Broschüre mit mehr Quellenmaterial zur Verfügung stellen zu können.

Wir bitten um Rückmeldung, ob diese Aktion hilfreich ist, oder inwieweit es noch andere Möglichkeiten gibt, wie wir bei diesem und anderen Konflikten unterstützend tätig sein können.

"Der Internationale Rat der Christen und Juden ist zunehmend besorgt über die Bemühungen von kulturellen und politischen Oberhäuptern in einigen Ländern, Eltern ihr altehrwürdiges Recht abzuerkennen, die männliche Beschneidung in Form eines religiösen oder gemeinschaftsstiftenden Initiationsritus zu praktizieren.

Seit Tausenden von Jahren hat die männliche Beschneidung auf rituelle Art die religiöse und kulturelle Identität vieler Millionen Juden, Moslems und einiger Christen der Ostkirche gekennzeichnet. Tatsächlich zielte das Verbot der Beschneidung bei Männern zu bestimmten Zeiten in der Geschichte speziell darauf ab, die religiöse Identität zu zerstören.

Der ICCJ vertritt den Standpunkt, dass die Entscheidung, die eigenen Söhne beschneiden zu lassen, ein religiöses Recht der Eltern darstellt. Die Praktik ist nicht gesundheitsgefährdend, und Phrasen wie "Verstümmelung" oder "Kindesmisshandlung", die von Gegnern des Rituals gerne verwendet werden, sind weder statistisch noch medizinisch zu belegen. Vielmehr tragen die aktuellen Anti-Beschneidungskampagnen mitunter antisemitische, islam- oder fremdenfeindliche Untertöne und sollten als solche verurteilt werden.

Die Kriminalisierung dieses Brauches kann sogar zu der gefährlichen Konsequenz führen, dass einige Familien – gebunden an die Ausübung ihrer religiösen Traditionen - in den Untergrund gehen und die Beschneidung unter weniger sicheren und hygienisch schlechteren Bedingungen vornehmen lassen.

Wir rufen unsere Mitgliedsorganisationen in der ganzen Welt auf, sich diesen Kampagnen als einer Verletzung der freien Religionsausübung zu widersetzen."